

Die Tagungsteilnehmer des Bundestreffens in Bielefeld
des Zusammenschlusses „Gegen Gasbohren“ am 22.u.23.08.2015



Offener Brief vom 06.09.2015 ergänzt 07.09.2015
an die Kanzlerin Frau Merkel, die Umweltministerin Frau Dr. Barbara Hendricks,
den Wirtschaftsminister Herrn Sigmar Gabriel
und an die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages

Betreff: - Rechtsänderungspaket zur Zulassung von Fracking stoppen
- Bundesberggesetz ergänzen mit ausnahmslosem Fracking-Verbot
- Verbot für die Verpressung von Lagerstättenwasser
und Flowback

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hendricks, sehr geehrter Herr Minister Gabriel,
sehr geehrte Abgeordnete,

eine breite Gemeinschaft aus Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, aus Wirtschaftsunternehmen und Erzeugerbranchen mit Abhängigkeit von sauberem Grundwasser, aus kommunalen Wasserversorgern und Kommunen sowie aus Gewerkschaftsverbänden und kirchlichen Organisationen hat sich in der jüngeren Vergangenheit unmissverständlich gegen die Einführung der Fracking-Förderung zur Produktion von Erdöl und Erdgas in Deutschland positioniert. Sie alle eint die Sorge um die Gesundheit der Menschen in den Fördergebieten, um die Erhaltung unseres Grundwassers und die negativen Auswirkungen einer Energiegewinnung, die wider besseren Wissens auf fossile Energieträger setzt.

Hunderttausende Menschen haben sich in über 300 Unterstützer-Organisationen zusammengeschlossen und die „Korbacher Resolution“ gegen jegliches Fracking in Deutschland unterzeichnet. 2.500 Gemeinden in Deutschland haben sich für „frackingfrei“ erklärt, darunter auch die Städte Düsseldorf, Koblenz und Kleve. Zwei Drittel aller Bundesbürger sprechen sich mehreren Umfragen zufolge gegen die Einführung der Frackingförderung in Deutschland aus.

Die möglichen Risiken für Mensch, Natur und Immobilien durch die Förderung von Kohlenwasserstoffen, egal ob mit oder ohne den Einsatz der Fracking-Technik wie

- Trinkwassergefährdung
- Schadstoffbelastung von Luft und Boden
- Klimaschädigung durch CO₂ und unverbrannt austretendes Methan
- hierdurch bedingte Erkrankungen bis hin zu Krebserkrankungen, wie sie vielfältig in den USA belegt sind
- Auslösung von Erdbeben mit Schädigung von Gebäuden und Beeinträchtigung der Bohrlochintegrität
- Flächenzerstörung durch Industrialisierung der Landschaft

sind im Zuge der Diskussionen immer wieder benannt worden, finden aber in dem Rechtsänderungspaket nur unzureichend Berücksichtigung.

Darüber hinaus sind die Konsequenzen wirtschaftlicher Natur: In den Unternehmen und in den Verbänden der Getränke- und Nahrungsmittelindustrien sowie des Agrarbereiches mit einem jährlichen Gesamtumsatz von 100 Mrd. EUR sind rund 700.000 Beschäftigte tätig, deren Arbeitsplätze bedroht wären.

Damit der Schutz von Mensch und Umwelt im Sinne heutiger und zukünftiger Generationen zu seinem Recht kommt, sind Sie als Volksvertreter jetzt gefragt. Stoppen Sie das Rechtsänderungspaket zur Zulassung von Fracking und schreiben Sie im Bundesberggesetz ein ausnahmsloses Verbot aller Formen des Fracking fest sowie ein Verbot der unterirdischen Entsorgung von Lagerstättenwasser und Flowback.

Verhängen Sie für den Übergang, bis zum Inkrafttreten der Änderungen im Bundesberggesetz, ein sofortiges Moratorium auf Fracking und die unterirdische „Entsorgung“ von Lagerstätten-

Stellen Sie die erste Weiche für eine zukunftsfähige Energieversorgung, zeigen Sie, dass Ihnen die formulierten Klimaziele, Begrenzung des Temperaturanstieges auf max. 2° Celsius, zu der sich Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen des G7-Gipfels in Elmau bekannt hat, ernst sind.

Lassen Sie es nicht zu, dass hier ein Regelungswerk verabschiedet wird, das den kurzzeitigen wirtschaftlichen Profit eines Wirtschaftsbereiches begünstigt, welcher vor dem Hintergrund der notwendigen Energiewende keine Zukunft mehr hat, die Risiken dieses Handelns aber über viele Generationen vergesellschaftet. Im übrigen verstoßen die Gesetzentwürfe gegen geltendes internationales und europäisches Recht.

Mit freundlichen Grüßen.

im Auftrag: Volker Fritz für die Tagungsteilnehmer des Bundestreffens

Liste der Initiativen des Treffens:

IG Hamminkeln gegen Gasbohren/Niederrhein	IG Rees gegen Gasbohren e.V.
BI Gegen Gasbohren Kleve	BI Bergbaubetroffener am Niederrhein
BBU Bonn	BIST Witten
Arbeitskreis Fracking Braunschweiger Land	BI kein-frack-in-wf, Lkrs Wolfenbüttel
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.	BI Wir gegen Fracking in Lüneburg
GENUK e.V., Hamburg	BI Frack-loses Gasbohren im Lk Rotenburg
BI Flecken Langwedel gegen Gasbohren	IG Fracking-freies Artland e.V.
Berliner Wassertisch	BIGG Hamm
BI LangBÜRGNERsee, Chiemgau, Bayern	Abgefrackt Bündnis Weidener Becken gegen
Fracking, Oberpfalz	
Gemeinnütziger Umweltschutzverein pro gruen e.V., Paderborn	
BI Frackingfreies Hessen n.e.V	

weitere BI s von „Gegen Gasbohren“ die nachträglich den Brief mittragen:

BI Gemeinsam Gegen Gas- und Probebohrungen am Niederrhein	
Aktionsbündnis No Moor Fracking, Diepholzer Moorniederung	
Fracking-AG des BUND NRW	BI NaLaKiZu Bürgerstark, Aichstetten
BI Kein CO2-Endlager Altmark	BI Kein Fracking in der Heide
BIGG Hochsauerland	Unabhängige Bürgerinitiative Salzhausen
BI frackingfreies Auenland, Schleswig-Holstein	IG Stop-Fracking-Sh
BI Fahner Höhe, Thüringen	BI RoteHand Thedinghausen/Achim
BI NRÜ gegen Fracking e.V	BI InoFrack Inde-Rur-Wurm, NRW
BI Lausitzer Initiative gegen Rohstoffpiraterie	BI Kein CO2-Endlager e.V. ,S-H
BI Lebensraum Vorpommern e.V.	BI HEIDE INTAKT
BI Gesundheit Söhlingen/Henslingen	IG Gegen Gasbohren, Nordwalde
BI Frac-freies Bissendorf	BI Intschede – Wesermarsch ohne Bohrtürme
IG Schönes Lünne	AG Post Fossil, Kassel
<u>Mitzeichnende BI s nach Versand am 07.09.2015</u>	
IG NO Fracking Bodensee-Oberschwaben	BI Isselburg 21 e.V.
BI Kein Fracking Unstrut-Hainich, Sachsen	

sonstige Initiativen, die den Brief mittragen:

BI gegen atomare Anlagen Weiden/Neustadt
Bezirkskonferenz Naturschutz Ostwestfalen
AG der Paderborner Natur- und Umweltschutzverbände
Global Marshall Plan, Lokalgruppe Mitterteich
BÜ90/GRÜNE, KV Neustadt/Weiden
BN Kreisgruppe Neustadt/Weiden

ergänzt am 07.09.15:

Aarhus Konvention Initiative, Marktredwitz
BÜ90/GRÜNE Oberfranken